

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen,
Organisation und Finanzentwicklung der Stadt Lüdenscheid**

am 01.07.2003

im Sitzungssaal der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Bernd Schulte CDU

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Hans Bartholomay CDU

Ratsherr Wolf Reiner Cassel LL ab 16.07 Uhr zu TOP 3

Ratsherr Ingo Diller SPD

Vertreter für Ratsherrn Voß bis
17.20 Uhr (Ende der öff. Sitzung)

Ratsfrau Christel Gabler CDU

Ratsherr Harald Metzger SPD

Erste stellv. Bürgermeisterin Ursula Meyer CDU

Ratsherr Hermann Morisse Grüne

Vertreter für Sachkundigen Bürger
Appelt

Ratsherr Manfred Rahmede CDU

Ratsherr Bruno Schwarz FDP ab 16.17 Uhr zu TOP 3

Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek SPD

Gäste:

Ratsherr Rolf Breucker SPD

Aufsichtsrat Lüdenscheider
Wohnstätten AG

Herr Dr. Raschper

iwB Entwicklungsgesellschaft
mbH

Herr Holthaus

nebenamtlicher Vorstand Lüdenscheider
Wohnstätten AG

Herr Kischel

Lüdenscheider Wohnstätten AG

Herr Podzuck

Geschäftsführer Lüdenscheider
Wohnstätten AG

Verwaltung:

Bürgermeister Friedrich Karl Schmidt CDU

Erster Beigeordneter Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler

Herr Michael Walker

Frau Petra Kluger

Frau Brigitte Linnepe

Frau Britta Vogelsang

Schriftführer/in:

Frau Nicola Körbi

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Jens Voß
Herr Jürgen Appelt

SPD
Grüne

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:45 Uhr

1. **Öffentliche Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen aus der Öffentlichkeit vor.

2. **Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzungen**

Herr Vorsitzender Ratsherr Schulte weist auf eine von der F.D.P.-Fraktion veranlasste Protokolländerung zur Sitzung vom 13.06.2003 hin und teilt mit, dass die Änderung dem Original der Niederschrift beigelegt wurde.

In diesem Zusammenhang weist Ratsfrau Gabler darauf hin, dass bei der Sitzung vom 30.04.2003 unter Tagesordnungspunkt 1 im nichtöffentlichen Teil nicht Frau Erste stellv. Bürgermeisterin Meyer den Antrag der CDU-Fraktion verlesen habe, sondern sie selbst. Der Ausschuss nimmt dies zur Kenntnis.

Sodann erfolgt die Abstimmung.

Beschluss:

Die Protokolle der letzten Sitzungen werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

3. **Präsentation der Beteiligungsgesellschaften: Lüdenscheider Wohnstätten AG**

Herr Podzuck, Geschäftsführer der Lüdenscheider Wohnstätten AG, gibt zunächst einen allgemeinen Überblick über das Unternehmen und erläutert kurz, warum die Lüdenscheider Wohnstätten AG durch die Firma iwB Entwicklungsgesellschaft mbH eine Portfolio-Analyse hat erstellen lassen. Das Ergebnis der Analyse trägt Herr Dr. Raschper von der Firma iwB Entwicklungsgesellschaft mbH vor. Anschließend gibt Herr Podzuck einen kurzen Überblick über die Konsequenzen aus der Bestandsaufnahme und die Umsetzung der Maßnahmen in den kommenden Jahren.

Im Rahmen der sich anschließenden ausführlichen Diskussion spricht Herr Vorsitzender Ratsherr Schulte die Finanzierung von Modernisierungsmaßnahmen aus Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen an und fragt, ob die Lüdenscheider

Wohnstätten AG beabsichtigt, Mittel abzurufen. Nach Aussage von Herrn Podzuck hat die Lüdenscheider Wohnstätten AG in der Vergangenheit negative Erfahrungen bei der Abwicklung von Fördermaßnahmen machen müssen und ist deshalb bei der Beantragung neuer Mittel eher zurückhaltend. Herr Erster Beigeordneter Stadtkämmerer Blasweiler schlägt aus diesem Grund vor, gemeinsam mit der Kämmerei, der Wohnungsbauförderung und der Lüdenscheider Wohnstätten AG einen Besprechungstermin zur Klärung möglicher Fragen im Vorfeld zu vereinbaren.

4. **Beteiligung der Stadt Lüdenscheid an der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH**
Vorlage: 210/2003

4.1. **Beteiligung der Stadt Lüdenscheid an der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH/1.Ergänzung**
Vorlage: 210/2003/1

Herr Erster Beigeordneter Stadtkämmerer Blasweiler bittet die Fraktionen, möglichst bis zur Ratssitzung am 21.07.2003 die Personen zu bestimmen, die in den Aufsichtsrat der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH gewählt werden sollen. Ratsherr Cassel schlägt bei dieser Gelegenheit vor, nur drei und nicht wie vorgesehen vier Personen in den Aufsichtsrat zu wählen. Herr Bürgermeister Schmidt erläutert daraufhin kurz, warum aus Sicht der Verwaltung vier Aufsichtsratsmitglieder notwendig sind und weist darauf hin, dass nach Möglichkeit ein Aufsichtsratsmitglied aus der Verwaltung kommen sollte.

Es schließt sich eine ausführliche Diskussion an, die von Herrn Vorsitzenden Schulte wie folgt zusammengefasst wird:

1. Der bestehende Pachtvertrag bleibt von dem Gesellschaftsvertrag unberührt.
2. Die aus dem Vertrag zwischen Stadt und WKL der WKL zufließenden Parkraumbewirtschaftungsgebühren sind im Sinne dieses Gesellschaftsvertrages städtische Mittel.
3. Der Gesellschaftsvertrag ist wie folgt zu ändern:
 - § 8 Ziffer 2. d): Streichung des Halbsatzes nach dem Komma
 - § 8 Ziffer 4 : das Wort „August“ wird durch das Wort „Juli“ ersetzt

Beschluss:

1. Der Beteiligung der Stadt Lüdenscheid an der Lüdenscheider Stadtmarketing GmbH auf der Grundlage des beigefügten Gesellschaftsvertrags wird unter Berücksichtigung der oben genannten Änderungen zugestimmt.
2. Der jährlichen Bereitstellung der finanziellen Mittel in einer Größenordnung von ca. 75 T€ ab dem Jahr 2004 wird zugestimmt.

3. Die/der Vertreter/in der Stadt Lüdenscheid in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Lüdenscheid GmbH wird angewiesen, den zur Durchführung der Beteiligung erforderlichen Beschlussfassungen zuzustimmen und alle notwendigen Erklärungen abzugeben.
4. Die Zustimmung erfolgt jeweils unter dem Vorbehalt, dass die Aufsichtsbehörde des Märkischen Kreises den Gegenstand der Gesellschaft (vergleiche § 2 des Gesellschaftsvertrags) nicht als wirtschaftliche Betätigung (vergleiche § 107 GO) wertet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

5. **Beteiligungsbericht 2003**
Vorlage: 179/2003
-

Beschluss:

Der Beteiligungsbericht 2003 wird zur Kenntnis genommen.

6. **Inhaltliche und formale Neugestaltung des Beteiligungsberichts ab dem Jahr 2004**
Vorlage: 180/2003
-

Beschluss:

Dem Vorschlag der Verwaltung zur inhaltlichen und formalen Gestaltung des Beteiligungsberichts ab dem Jahr 2004 wird zugestimmt.

7. **Public Private Partnership im Bereich der Schulgebäude**
Vorlage: 198/2003
-

Nach ausführlicher Diskussion besteht im Ausschuss Einigkeit, dass zunächst die Ausschreibungsergebnisse der Stadt Monheim abgewartet und die weitere Vorgehensweise anschließend festgelegt werden soll. Erst zu diesem Zeitpunkt soll über die Beauftragung eines externen Beraters entschieden werden.

Der Ausschuss bittet um erneute Vorlage in der November-Sitzung.

8. **Berichtswesen: Ausführung des Haushaltsplans**
Vorlage: 177/2003
-

Herr Erster Beigeordneter Stadtkämmerer Blasweiler weist auf die neue Form der Übersicht hin und bittet die Ausschussmitglieder um Durchsicht, ob die Informati-

onen in der vorgelegten Form ausreichend sind. Anschließend gibt Herr Blasweiler einen kurzen Überblick über den aktuellen Stand der Einnahmen und Ausgaben.

Bei dieser Gelegenheit teilt Herr Vorsitzender Ratsherr Schulte mit, dass das Land Nordrhein-Westfalen den Haushaltsplan vor den Sommerferien nicht beschließen wird und somit keine Daten aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz für die Kreise und Städte zur Verfügung stehen würden. Ratsherr Schulte teilt weiterhin mit, dass das Land Nordrhein-Westfalen einen Doppelhaushalt 2004/2005 aufstellen wird. Vor diesem Hintergrund sei zu überlegen, ob der Terminplan für die städtischen Haushaltsplanberatungen 2004 in der festgelegten Form eingehalten werden könne und ob nicht ebenfalls ein Doppelhaushalt für die Stadt Lüdenscheid infrage käme.

Herr Erster Beigeordneter Stadtkämmerer Blasweiler trägt kurz vor, warum aus seiner Sicht ein Doppelhaushalt nicht praktikabel erscheint und schlägt vor, den Haushaltsplan 2004 zunächst anhand der bekannten Daten und Zahlen vorzubereiten. Sollten sich dann aufgrund aktueller Entwicklungen gravierende Änderungen ergeben, könnte der Beschluss über den Haushaltsplan 2004 ohne Probleme nach hinten verschoben werden.

Abschließend fragt Ratsherr Metzger, warum beim Sächl. Verwaltungs- und Betriebsaufwand die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 12,5 % gestiegen seien. Herr Amtsleiter Walker sagt die Beantwortung dieser Frage zur nächsten Sitzung zu.

Bericht:

Der Bericht über die Ausführung des Haushaltsplans erfolgt in neuer Form zur besseren und schnelleren Information über die wesentlichen Abweichungen in der Haushaltsentwicklung.

Wenn Einnahmen und Ausgaben zum Teil deutlich über dem Monatsbudget liegen, liegt dies in der Regel an den Jahressollstellungen, d. h. Gewerbesteuer oder Kreisumlage erscheinen bereits zu Anfang des Jahres mit dem Jahresbetrag, werden aber in Raten vereinnahmt bzw. ausgezahlt.

Erwähnenswerte Abweichungen:

- Bei der Gewerbesteuer wird der Ansatz z. Z. um rd. 3,0 Mio. € unterschritten.
- Der für die Werdohler Mark E-Aktien gezahlte Kaufpreis, der erst durch Weiterleitung der Aktien an BSL in der zweiten Jahreshälfte refinanziert wird, beeinflusst z. Z. die Liquidität negativ und verursacht damit zusätzlichen Zinsaufwand.
- Bei den vorgesehenen Grundstückserlösen ist für 2003 mit erheblichen Mindereinnahmen zu rechnen (Vogelberg, Verkauf Erbbaugrundstücke). Hier ist noch zu entscheiden, ob die Grundstücke unter dem bisher nach HSK vorgesehenen Wert verkauft oder ob die Verkaufsaktivitäten zurück gestellt werden sollen.

Für eine fundierte Gesamtprognose gegenüber der Planung und die Einschätzung der Konsequenzen ist es aus heutiger Sicht verfrüht.

9. **Sachstandsbericht Rettungsdienstgebühren**
Vorlage: 200/2003

In der Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung am 18.03.2003 wurde der Sachstand der Rettungsdienstgebühren angefragt.

Eine gleichlautende Anfrage wurde dazu bereits im Bau- und Verkehrsausschuss gestellt. Der als Anlage beigefügte Bericht soll in der öffentlichen Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses als zuständigem Ausschuss am 02.07.2003 behandelt werden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

10. **Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

10.1. **Bekanntgaben**

10.1.1. **Sitzungstermine**

Die nächsten Sitzungstermine sind:

15.07.2003
28.07.2003 (Personalkommission)
23.09.2003
07.10.2003
25.11.2003

10.1.2. **Zentraler Terminkalender**

Herr Erster Beigeordneter Stadtkämmerer Blasweiler gibt bekannt, dass geplant ist, in der zweiten Jahreshälfte in Session einen zentralen Terminkalender zur Verfügung zu stellen, in dem nicht nur Ausschusssitzungen sondern auch Verwaltungsratsitzungen der Beteiligungsunternehmen etc. gepflegt werden sollen. Dieser Terminkalender soll zukünftig auch im Internet einsehbar sein.

10.1.3. **Unterjähriges Berichtswesen der städt. Mehrheitsbeteiligungen**

Herr Erster Beigeordneter Stadtkämmerer Blasweiler berichtet von einem mit den städt. Mehrheitsbeteiligungen stattgefundenen Termin bezüglich der gewünschten Erarbeitung gemeinsamer Unternehmensstrategien und der Festlegung von Kennzahlen. Herr Blasweiler erläutert, dass ein Vordruck mit einheitlichen Kennzahlen für alle Unternehmen aufgrund der verschiedenartigen Tätigkeitsfelder nicht erstellt werden kann. Es wurde deshalb vereinbart, dass die Gesellschaften zukünftig vierteljährlich anhand von 5 bis maximal 10 von der Gesellschaft ausgewählten relevanten Daten berichten.

10.2. **Beantwortung von Anfragen**

keine

10.3. **Anfragen**

Ratsherr Rahmede bittet das Thema der Abfallentsorgungsgebühren in einer der nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung zu nehmen.

Vorsitzender

Schriftführer